

[Weitere Themen](#)

Ohnmacht gegenüber dem digitalen Hass

Afrikanische Gesellschaften und ihr Umgang mit den sozialen Netzwerken

Christoph Plate

Soziale Medien eröffnen in Afrika ungeahnte Möglichkeiten der Kommunikation. Gleichzeitig befeuern sie Konflikte wie etwa jenen in Äthiopien. Facebook, das vor TikTok wichtigste soziale Netzwerk auf dem Kontinent, kommt seiner Moderations- und Aufsichtspflicht völlig unzureichend nach. Obendrein schützen die meisten Staaten ihre Bürger nicht vor digitalen Übergriffen. Aufgrund der Nachlässigkeit dieser Regierungen, die ein größeres Interesse an Überwachung als am Schutz der Menschen haben, wird der Kontinent zu einem riesigen Versuchslabor für Firmen aus Palo Alto und Schanghai. Europa hat alldem technologisch wenig entgegenzusetzen.

Der Minister ist privat hier. Von einem prominenten Journalisten in Mbabane hat er gehört, dass deutsche Besucher im Land sind. Er kenne dieses Hotel, sagt er beim Rock Shandy, einem Mixgetränk aus Angostura, Soda und Limonade, in dem Restaurant eines guten Resorts in Manzini. Während der Unruhen Mitte 2021, als in dem kleinen Königreich Eswatini die Barrikaden brannten, habe auch er zwei Nächte hier im Hotel verbracht. Verbringen müssen, wäre wohl richtiger, denn sein Privathaus liegt unweit des Resorts. Auf Facebook sei damals derart gegen den König und die Eliten, die Minister und Staatsbeamten gehetzt worden, dass er um seine Sicherheit habe fürchten müssen. Facebook, sagt er und schüttelt ungläubig den Kopf, sei eine wahre Größe und Macht in Eswatini. Bei der Erinnerung an den Hass und den Schaum im Netz in jenen Tagen scheint es ihn zu schaudern.

Die sozialen Medien verändern die Politik, auch in der letzten absoluten Monarchie in Subsahara-Afrika. In dem kleinen Königreich, das einmal Swasiland hieß und in dem jeder jeden zu kennen scheint, verbreiten sich Gerüchte in Windeseile, insbesondere über Facebook. Gegner und Kritiker des Königs streuen sie bewusst, sei es wegen seiner Art des Herrschens oder seiner Anti-China-Politik. Viele der Posts werden außerhalb des Landes aufgesetzt, vor allem in Südafrika, wo eine Reihe von Kritikern des Herrscherhauses aus Sicherheitsgründen lebt. Ein ganzes

Land kann durch ein soziales Netzwerk destabilisiert werden, für die Debatte ist da kein Platz mehr, es dominieren Empörung und Hetze. Doch was der Minister in Eswatini über die Bedrohungen durch Facebook gesagt hat, wäre schwer in einer öffentlichen Diskussion zu artikulieren, weil sogleich der Vorwurf der versuchten Zensur und der Beschränkung der freien Rede im Raum stünde.

In der Tat ist es natürlich so, dass die sozialen Netzwerke, gerade in einem autoritär regierten Staat wie dem Königreich Eswatini, auch ein emanzipatorisches Potenzial in sich tragen. Die Kritiker des Königs können durch sie zum ersten Mal effektiv ihre Kritik äußern. Vor Jahren wurden vielleicht noch Flugblätter der Opposition in ein Land geschmuggelt, heute kommt die Kritik – deutlich einfacher – auf digitalem Wege. Seit einiger Zeit haben daher Herrscher von Tansania über Uganda bis Simbabwe unter dem Vorwand, man wolle gegen Cyberkriminalität vorgehen, vor allem das Recht auf freie Meinungsäußerung, etwa durch Blogger, massiv eingeschränkt. Anders macht es indes der ruandische Präsident Paul Kagame: Alle Netzwerke sind in dem zentralafrikanischen Land erlaubt, was bei westlichen Gästen regelmäßig zu anerkennenden Kommentaren führt. Doch wird kein Ruander im Land öffentlich die Kritiker Kagames zitieren, auch wenn jeder sie gelesen haben mag. Das Volk weiß, was möglich ist – und was man tunlichst unterlassen sollte.

Konzerne mit riesiger Reichweite

Nach einer neuen Umfrage des Rechercheinstituts Afrobarometer besitzen 92 Prozent der Menschen in afrikanischen Städten ein Mobiltelefon.¹ Auf dem Land sind es immerhin noch 76 Prozent. Von der Stadtbevölkerung sind 69 Prozent regelmäßig im Internet und 60 Prozent beziehen Nachrichten aus den sozialen Medien. In den ländlichen Regionen, wo derzeit noch die Mehrheit der Menschen südlich der Sahara lebt, ist nur ein Viertel der Bevölkerung regelmäßig im Internet, da hier die Abdeckung oft nicht ausreichend ist und die Einkommen nicht üppig genug für ein Smartphone oder Datenpakete sind.

Die Algorithmen von Facebook verschärfen Spannungen. Manche sehen darin eine bewusste Strategie.

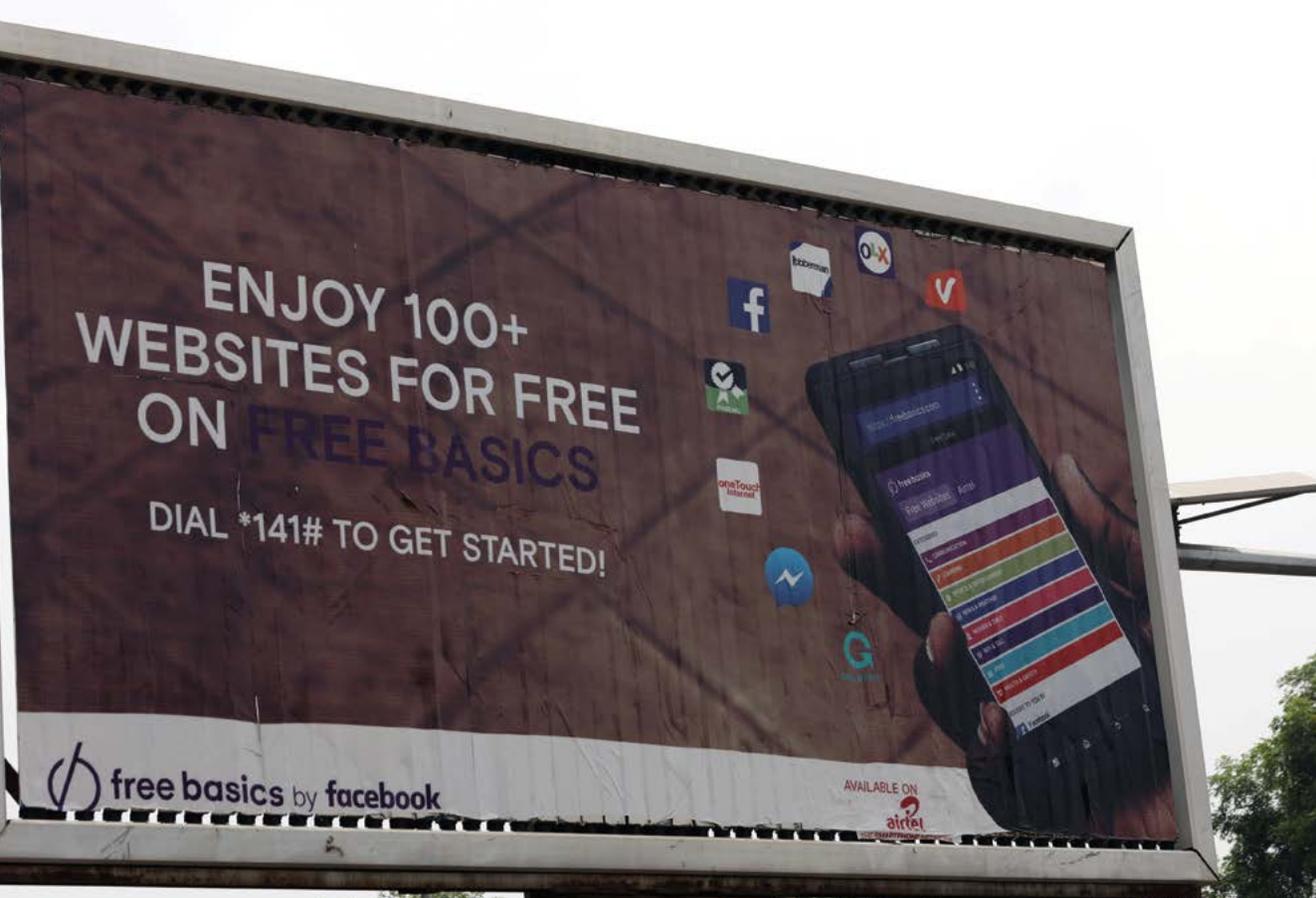
Immerhin 3,6 Milliarden Menschen nutzen regelmäßig ein Facebook- beziehungsweise Meta-Produkt, wie es heute heißt. Das ist also jeder zweite Bewohner der Erde. Mehr als 80 Prozent der Nutzer von Facebook und Twitter leben außerhalb der USA. Im Dezember 2020 gab es immerhin 233 Millionen Facebook-Mitglieder in Afrika südlich der Sahara, also etwa ein Viertel der Bevölkerung. Kein anderes Medium hat derartige Reichweiten über Sprach- und ethnische Grenzen hinweg. Keine Afrikanische Union, keine UN-Organisation, geschweige denn irgendeine Regierung oder Firma hat solch direkten Zugang zu Menschen in Afrika – und zu ihren Daten.

Die negativen Folgen der sozialen Medien, insbesondere von Facebook, sind für manche Menschen existenziell. So beklagte Arrey Elvis Ntui von der International Crisis Group im Februar 2020, wie ethnische Auseinandersetzungen in Kamerun auf Facebook mit seinen vier Millionen Nutzern angeheizt würden.² In dem zentralafrikanischen Land werde Facebook „genutzt, um ethnische Stereotypen zu verbreiten,

tribalistische Beleidigungen, Falschinformationen zu streuen und zur Gewalt aufzurufen“. Die Algorithmen des Netzwerks verschärfen Spannungen. Manche Beobachter sehen darin nicht einen bedauerlichen Fehler, sondern eine bewusste Strategie.

Anders als in Europa wird die Allmacht der sozialen Medien in Afrika selten hinterfragt. In einem Wechsel offener Briefe zwischen dem Springer-Vorstandsvorsitzenden Mathias Döpfner und der EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen wurde Anfang 2021 über die Notwendigkeit einer Beschränkung der Macht der Techkonzerne debattiert. Döpfner warnte dabei vor allem vor der totalen Durchleuchtung des Bürgers, wobei sicher auch der Erhalt der wirtschaftlichen Macht von Medienhäusern wie jenem, dem er vorsteht, ein (legitimes) Anliegen war.³ Von der Leyen sprach von der Notwendigkeit, die Macht der Techkonzerne „einzuhengen“⁴. Doch solche Diskussionen gehen zumeist an Afrika und seinen anderen Wirklichkeiten vorbei.

Die Möglichkeit, Facebook zu ignorieren oder gar ganz hinter sich zu lassen, ist, wie die Digitalexpertin Rosemary Ajayi erklärt, ein westliches Privileg. Für viele Menschen in Afrika sind die Dienste von Facebook und Instagram, vor allem aber Whatsapp, alternativlos – und eben auch alternativlos günstig. Facebook präsentiert sich auch in Afrika als die große Kontaktmaschine, die Menschen zusammenbringt, die sich aus den Augen verloren haben oder solche, die sich dank Facebook finden. Das Netzwerk gibt sich sehr modern und hip, die afrikanische Facebook-Zentrale im Johannesburger Stadtteil Bryanston präsentiert sich in freundlichen Presse- und PR-Berichten als am Menschen orientiert, man trifft sich in modern gestalteten Versammlungsräumen mit wohlklingenden Namen wie Tshongololo oder Timbuktu. Die Verfehlungen von Facebook, die immense Bedrohung für die Sicherheit von ohnehin fragil wirkenden Staaten in Afrika, möchte man nicht diskutieren. Der Chef des Africa Policy Teams von Facebook in London, Kojo Boake, lehnt ein für diesen Artikel angefragtes Gespräch mit dem Medienprogramm Subsahara-Afrika der Konrad-Adenauer-Stiftung explizit ab.



Allgegenwärtig: Mit der Free Basics Initiative versucht Facebook, seinen Einfluss auf dem afrikanischen Kontinent weiter auszubauen. [Quelle: © Afolabi Sotunde, Reuters.](#)

Nun mag die sektiererisch wirkende Geheimniskrämerei von Meta im Einzelfall die Macht größer erscheinen lassen, als sie tatsächlich ist. Aber Meta-Chef Mark Zuckerberg hat die digitale und weltweite Dominanz als Ziel ausgegeben. Dazu gehört es denn auch, jenen Facebook beziehungsweise die Meta-Produkte zugänglich zu machen, die sonst aus technischen oder wirtschaftlichen Gründen gar keinen Zugriff hätten. Facebook hat darum die Free Basics Initiative begründet. Die Nutzer laden eine entsprechende App herunter, über die sie wenige ausgesuchte Seiten zur Verfügung gestellt bekommen. Die Mobilfunkanbieter berechnen keine Datengebühren für die App. Wer Seiten aufrufen möchte, die nicht in der App geführt werden, erhält die Aufforderung, sich Datenmengen zu kaufen. Nur wer welche Internetseiten für die App aussucht und warum gerade diese, das bleibt intransparent.⁵ Im Juni 2020 lief die Free Basics Initiative in 32 Staaten Afrikas. Die kenianische Autorin

Nanjala Nyabola sagt, Facebooks wachsende Macht in Afrika finde unter dem Radar der öffentlichen Wahrnehmung statt.⁶ Aber Zuckerberg verstehe Afrika nicht – „Zuckerberg doesn't get Africa after all“. Denn viele der Telekommunikationsanbieter, die mit Facebook bei der Free Basics Initiative kooperieren, sind staatlich oder der Staat hat Anteile an ihnen. Das heißt, Facebook sucht aus, welche Nachrichten oder Produkte der Nutzer in einem Slum von Nairobi oder Abidjan vorgesetzt bekommt. Das System beeinflusst seine Kaufentscheidungen, aber eben auch seine politische Meinung zu den Ereignissen in seiner Umgebung. Wer etwa den Suchbegriff „Kenya Airways“ im Internet auf einer Suchmaske eingibt, liest kritische Berichterstattung über die in Schwierigkeiten geratene Fluggesellschaft, ihren schlechten Service und die permanenten Verspätungen. Wer das gleiche Suchwort bei Free Basics eingibt, bekommt lediglich die Webseite der Fluggesellschaft mit den zu buchenden

Flugangeboten zu sehen. In Indien ist Meta mit der Free Basics Initiative gescheitert und musste seine Tätigkeit einstellen. Für die Initiative gilt, was das britische Magazin *The Economist* über Facebook schreibt: „Einige nicht gewählte und niemandem Rechenschaft schuldige Manager üben die Kontrolle aus.“⁷

Die Autorinnen Sheera Frenkel und Cecilia Kang warnen, dass Facebook das folgenreichste soziale Experiment der Gegenwart sei, „mit einem Viertel der Weltbevölkerung als Versuchsobjekten“.⁸ Es könnte sich zu einem „digitalen Frankenstein“ entwickeln. Eines der größten Probleme sei, dass die Meta-Chefs überhaupt nicht mitbekämen, was in anderen Sprachen auf ihren Netzwerken passiere.

Das Problembewusstsein bleibt ausbaufähig

Auch in Afrika ist das Bewusstsein für die Gefahren nicht gleich groß wie die Zufriedenheit über die Chancen, die die sozialen Medien eben auch bieten. Zu Beginn war die Freude über das Ende der Fesseln und der Zensur auch unter Intellektuellen sehr groß. Der botswanische Medienmanager Joel Konopo schrieb, es werde schwierig für afrikanische Regierungen, 500 Millionen befreite Stimmen zu ignorieren.⁹ Nic Cheeseman von der Universität Birmingham erinnert, dass selbstverständlich davon ausgegangen wurde, dass die neuen technischen Möglichkeiten die Demokratie stärken würden. Heute gebe es wesentlich mehr Pessimisten. „Whatsapp ist eine unterminierende Technologie, die bestehende Hierarchien herausfordert, auf eine Art, die ebenso emanzipatorisch wie destruktiv ist.“¹⁰ So sei der emanzipatorische Effekt von Whatsapp am größten in autoritären Staaten, in denen Unterdrückung und Zensur herrschten. Am meisten zerstören könne es dagegen in denjenigen grundsätzlich demokratisch orientierten Staaten, in denen aber das Vertrauen in die Institutionen sehr gering ist. In einer von der Universität Johannesburg und Africa Check durchgeführten Untersuchung über die Untiefen von Whatsapp¹¹ wurde herausgearbeitet, dass die Verschlüsselung eben auch zu größerer Geheimniskrämerei

führe, nicht zuletzt zur Weitergabe von Falschnachrichten, die dann oft genug wider besseres Wissen nicht korrigiert würden, was eine wahre Negativspirale befördere.

Aus Angst vor einer afrikanischen Version des „Arabischen Frühlings“ geht es den meisten Regierungen in Subsahara-Afrika um Überwachung.

Die meisten afrikanischen Herrscher hätten weniger ein Problem mit Facebook und den Produkten von Meta als mit ihrem jeweiligen Nachbarland, sagt Justine Limpitlaw¹², Medienrechtsexpertin von der University of the Witwatersrand in Südafrika.¹³ In Eritrea sei die medienrechtliche Lage am schlechtesten, so Limpitlaw, weil dort die Bürger nicht einmal Zugang zum Internet bekämen. Auch die Situation in Äthiopien habe sich dramatisch verschlechtert. Beeindruckt ist sie dagegen von Kenia. Südafrika stehe im Prinzip ordentlich da, die Datenschutzgesetze seien die besten auf dem Kontinent, aber die Sicherheitsdienste würden die nützlichen Regeln einfach nicht anwenden. Aus anhaltender Angst vor einer afrikanischen Version des „Arabischen Frühlings“ von 2010 geht es den meisten Regierungen in Subsahara-Afrika in erster Linie um Überwachung. Den notwendigen Schutz der Bürger vor Cybermobbing, Internetbetrug und Falschnachrichten ignorieren sie weitestgehend. Stattdessen wird etwa über Social-Media-Steuern wie in Uganda oder den Zwang zur Lizenzierung von Bloggern wie in Tansania versucht, Aktivitäten in den sozialen Medien praktisch zu verunmöglichen oder zumindest zu erschweren.

Politiker in Afrika verstehen nicht unbedingt, wie die sozialen Medien funktionieren. Sie wissen aber, dass sie diese brauchen. Der nigerianische Präsident Buhari wurde von Twitter brüskiert, als einer seiner Tweets wegen eines herabwürdigenden Kommentars über die Volksgruppe

der Ibo gesperrt wurde. Buharis Bemerkung weckte Erinnerungen an den Biafra-Krieg in den 1960er-Jahren. Die Reaktion des Präsidenten des bevölkerungsreichsten Landes auf dem Kontinent ließ nicht lange auf sich warten und der Zugang zu Twitter wurde in Nigeria gesperrt. Abgesehen davon, dass die Reaktion des Staatsehfs etwas infantil wirkte, hatten er und seine Mitarbeiter anschließend einen sprunghaften Anstieg der Downloads von *Virtual Private Networks* (VPNs) in Nigeria zu verzeichnen. Über diese abhörsicheren Kanäle kann man durchaus auch Zugang zu gesperrten Seiten wie der von Twitter bekommen.

Das US-amerikanische soziale Netzwerk Twitter, dem es gelungen ist, sich ein sehr viel freundlicheres Image als Facebook zu geben, das gleichwohl aber durchaus fragwürdige Entscheidungen von Algorithmen fällen lässt, hat ein Team in Ghana installiert, mit der Begründung, dass das Land die Meinungsfreiheit schütze und die Freiheit im Internet garantiere.¹⁴ Dabei hat Twitter 2021 etwa eine Ausgabe der panafrikanischen WhatsApp-Zeitung *The Continent* blockiert, weil sich darin der Name Bill Gates und die Diskussionen um seine medizinischen Programme in Afrika wiederfanden. Allerdings hatte die Zeitung ein Gespräch mit Gates geführt, der Algorithmus hatte offenbar nur Kritik an Gates erkannt und geblockt – mit den entsprechenden Folgen für den Vertrieb von und die Werbung für die inkriminierte Ausgabe. Seit Elon Musk die Übernahme von Twitter angekündigt hat, herrscht große Verunsicherung, auch unter den Twitter-Mitarbeitern, die mittlerweile Gespräche mit Kritikern ablehnen, da erst einmal abgewartet werden müsse, wie sich die Politik des Netzwerks entwickle.

Dass man keine Handhabe gegen die sozialen Medien habe, meinen auch viele Wissenschaftler und Journalisten auf dem Kontinent, die sehr wohl versuchen, die negativen Auswirkungen zu begrenzen. Im Jahr 2019 wurde das Medienprogramm der Konrad-Adenauer-Stiftung nach Addis Abeba gebeten, um mit deutschen Experten und äthiopischen Juristen, Chefredakteuren und Universitätsdozenten über ein neues äthiopisches Mediengesetz zu diskutieren. Kurz zuvor

war Abiy Ahmed Ministerpräsident im zweitgrößten afrikanischen Land geworden, er hatte inhaftierte Journalisten und Blogger freigelassen, alles, so sein Versprechen, sollte besser werden. Es wurde bei der Veranstaltung in Addis Abeba über die äthiopische und die deutsche Lage diskutiert, die sicher nur schwer miteinander zu vergleichen waren, weil es in Äthiopien eben sehr wenig gedruckte Presse gab und das Internet obendrein immer mal wieder kontrolliert oder gar abgestellt wurde. Außerdem verstanden sich viele Chefs äthiopischer Medienhäuser in erster Linie als Vertreter ihrer wirtschaftlichen Interessen, weniger als Kämpfer für die Wahrheit.

Digitale Brandbeschleuniger

Als Konstante zog sich aber durch die Diskussionen die große Sorge vor der unkontrollierbaren Macht der Techgiganten. Besonders Facebook und Youtube werden im äthiopischen Hochland eben nicht nur zum Posten von Einkaufstipps und Hochzeitsglückwünschen genutzt, sondern auch zur politischen und ethnischen Hetze. Gangs der beiden größten Gruppen, der Amharen und der Oromo, verabreden sich auf Facebook, um mit großer Brutalität gegen die jeweils andere Gruppe vorzugehen.

Die Moderation von Inhalten wird oft genug lediglich als Feigenblatt benutzt.

Ministerpräsident Abiy Ahmed war früher einmal selbst im Militäргеheimdienst zuständig für die Kontrolle des Internets. Und er ließ es mehrfach in Gänze abstellen, um, so offiziell, die Lage zu beruhigen. All das änderte nichts an dem lähmenden Gefühl der politischen und medialen Klasse, hier schutzlos Kräften ausgeliefert zu sein, gegen die man nichts machen könne.

Ein Google-Manager, auf einem Kongress des International Press Institute in Genf 2019 angesprochen auf die Frage, wie viele amharisch-sprechende Moderatoren man denn bei Google

habe, wirkte etwas ratlos und erklärte, nach seiner Kenntnis gar keine. Das mag sich bei manchen Social-Media-Giganten mittlerweile geändert haben. Doch die Crux bleibt, dass die Moderation von Inhalten oft genug lediglich als Feigenblatt benutzt wird und der gigantischen Masse von zu moderierendem rassistischen oder volksverhetzenden Inhalt nicht gerecht werden kann.

Gerade Facebooks mangelnde Moderation von Posts aus umkämpften Weltgegenden wie Äthiopien, weitab von der artifiziellen Wirklichkeit des Silicon Valley, dauert an. Dazu kommt ein Mangel an ausreichend qualifizierten Mitarbeitern mit historischen und politischen Kenntnissen, vor allem aber an psychologischem Verständnis und interkulturellen Fähigkeiten. Es wirkt manchmal, wie die Autorinnen Frenkel und Kang in ihrem Buch „An Ugly Truth“ nahelegen, als wachse Facebook mit seinen mehr als 30.000 Mitarbeitern die Welt über den Kopf.¹⁵ Hinzu kommt, dass ein apolitischer Chef wie Mark Zuckerberg den Mitarbeitern vorlebt, dass Politik und das Geschehen da draußen in der Welt etwas grundsätzlich Unappetitliches sind, in jedem Fall sehr weit weg von der Wirklichkeit der USA.

Dass Facebook den Posts, die zu Morden an den muslimischen Rohingya in Myanmar aufstachelten, nicht entschieden genug entgegentrat, nicht ausreichend moderierte und löschte, haben Zuckerberg und seine Managerin Sheryl Sandberg zu öffentlichem Bedauern veranlasst. Seit 2010, berichtet der Economist, habe Facebook es versäumt, aktiv und effektiv Inhalte zu moderieren.¹⁶ Genauso wie Facebook es immer wieder bedauert, wenn eine neue Sicherheitslücke aufgetreten ist, wenn russische Trolle den US-amerikanischen Wahlkampf beeinflussen, wenn Holocaustleugner weiter ihre kruden Theorien verbreiten können. Dass die Algorithmen von Facebook solche Aufreger, bis hin zu Mordaufrufen gegen Muslime, favorisieren, scheint das Geschäftsmodell zu sein. Denn je mehr Menschen sich das Bild eines getöteten Burmesen anschauen, umso größer der mögliche geschäftliche Erfolg.

Myanmar ist aus Palo Alto gesehen sehr weit weg. Mindestens so weit wie das äthiopische Hochland. Der von Ministerpräsident Abiy Ahmed geführte Bürgerkrieg gegen seine früheren tigräischen Bündnispartner findet eben nicht nur in Lalibela und anderen heiligen Stätten der äthiopischen Orthodoxie statt, sondern auch im Internet, vor allem auf Facebook. Die Zeitschrift The Continent berichtete nach Sichtung von Dokumenten der Whistleblowerin Frances Haugen 2021, dass Facebook bewusst und gezielt nicht so viel unternehme wie nötig sei, um beispielsweise Mordaufrufe zu löschen.¹⁷ „Es scheint, dass der Erfolg von Hassreden bei Facebook nicht auf einen technischen Fehler zurückzuführen, sondern Strategie ist“, so die Continent-Autoren. Auf eine offizielle Anfrage des Medienprogramms der Konrad-Adenauer-Stiftung bei Kojo Boake, dem Policy Director von Facebook in London, in der unter anderem nach der Zahl der Moderatoren gefragt wird, die eine Sprache wie Amharisch sprächen, wird geantwortet, man sehe sich nicht in der Lage, auf diese Anfrage zum jetzigen Zeitpunkt zu reagieren.

Der Fall Äthiopien ist nur ein Beispiel für den paternalistisch wirkenden Umgang von Facebook mit anderen Weltgegenden.

Rosemary Ajayi vom Digital Africa Research Lab¹⁸ sagt, das „schlechte Management der Äthiopien-Krise durch Facebook“ sollte eine Warnung sein für den Rest Afrikas, „weil man daran ablesen kann, welche Art von Krisenreaktion auch in anderen afrikanischen Staaten zu erwarten ist“. Noch im Oktober 2020 verkündete Facebook stolz, man habe mehr Moderatoren eingestellt, die Swahili, Amharisch, Zulu, Somali, Oromo und Hausa sprächen. Auch wenn die Moderationsrealität offenbar anders aussieht.¹⁹ Der Fall Äthiopien ist nur ein Beispiel für den paternalistisch wirkenden Umgang des Konzerns mit anderen Weltgegenden. Nach Recherchen des

US-amerikanischen Magazins Time Anfang 2022 sind die Moderationen von strittigen Inhalten an externe Firmen ausgelagert.²⁰ So berichtet Time von 200 jungen Frauen und Männern, die als Moderatoren für elf verschiedene afrikanische Sprachen in Nairobi arbeiten. Das Sichten von brutalen Videos und Nachrichten erfolgt für die kenianische Firma Sama mit Hauptsitz in Kalifornien, die wiederum von Facebook mit dem Moderieren von Inhalten auf dem afrikanischen Kontinent beauftragt ist. Die von Time geschilderten Arbeitsbedingungen in Nairobi lassen vermuten, dass neben den traumatischen Belastungen, die entstehen, wenn man ständig Gewalt sehen muss, die schiere Flut von zu begutachtenden Posts überhaupt nicht zu bewältigen ist. Die Firma in Nairobi bearbeitet offenbar den Löwenanteil der kritischen Posts aus Afrika. Man stelle sich das einmal vor: Es gibt mehr als 250 Millionen Facebook-Nutzer in Subsahara-Afrika, wo Facebook nach wie vor das wichtigste soziale Medium darstellt, auch wenn die US-Amerikaner vermutlich in den nächsten Jahren zunehmend von TikTok verdrängt werden. Und deren Posts – viele Nutzer posten mehrmals am Tag – werden lediglich von 200 Personen geprüft?

In den USA und Westeuropa erklärt und lobbyiert Meta intensiv. In Afrika scheint das nicht als nötig erachtet zu werden.

Nach jedem Skandal, der Wahlen beeinflusst oder Menschenleben kostet, wird von Mark Zuckerberg und anderen gelobt, man werde noch mehr Geld in die Sicherheit investieren. So soll Facebook im Jahr 2021 immerhin fünf Milliarden US-Dollar für Sicherheitsmaßnahmen ausgegeben haben und angeblich nun weltweit 15.000 zusätzliche Moderatoren beschäftigen. Genaue Zahlen sind von Facebook nicht zu erhalten und es ist davon auszugehen, dass die Masse der Moderatoren sich mit den anglophonen Posts, vornehmlich

in den USA und Westeuropa, beschäftigt. Denn dort ist der Druck der Gesetzgeber und Regierungen besonders groß, die Macht des Konzerns zu beschränken, oder, wie in den USA angedacht, ihn gar zu zerschlagen. Auch darum wird von Ermittlern besonders genau hingeschaut und vom Meta-Konzern besonders intensiv erklärt, moderiert und lobbyiert. In Afrika scheint das gar nicht als nötig erachtet zu werden.

Viele afrikanische Regierungen fürchten eher eine Gefährdung ihrer Herrschaft durch kritische Blogger und Influencer, als dass sie eine Zersetzung ihrer Gesellschaft durch die sozialen Medien antizipieren. Das politische Bewusstsein für die Gefahren ist kaum vorhanden. In einem Land wie Südafrika mit einer breiten Mittelschicht mit relativ hohem Bildungsstandard gibt es in den sozialen Medien derart viele Posts voller Rassismus und auch Sexismus wie in keinem anderen Land auf dem Kontinent. Das Johannesburger Holocaust- und Genozidzentrum und die Universität Kapstadt betreiben eine Studie zu den Narrativen und wiederkehrenden Klischees in den Posts. Dazu wurde unter der Leitung von Dr. Gavaza Maluleke und Prof. Adam Mendelsohn eine Equipe von Codern zusammengestellt, die alle Hautfarben und gesellschaftlichen Schichten Südafrikas repräsentieren. Ein Weißer aus der südafrikanischen Oberschicht versteht nicht zwingend die Konnotationen von Äußerungen jener aus den Armenvierteln und umgekehrt. Abgesehen davon, dass viele der sehr engagierten Coder berichten, dass sie die Arbeit belaste und zu einer Reflexion über eigene Vorurteile geführt habe, reagieren viele Multiplikatoren in Südafrika überrascht auf die Menge an Posts, von denen viele justiziabel wären. Allein eine allseits gelobte südafrikanische Justiz zeigt sich überfordert von der schieren Menge. Immerhin, manchmal schickt ein Richter einen Angeklagten, der den Holocaust leugnet oder rassistische Kommentare von sich gegeben hat, für einige Tage Besinnungsarbeit in das Holocaust- und Genozidzentrum in Johannesburg. Dort wird ihm dann von der Leiterin Tali Nates, Tochter eines von Oskar Schindler geretteten Juden, nicht nur die Shoah

erklärt, sondern auch andere Verbrechen gegen die Menschlichkeit, vom Genozid an den Armeniern über die Apartheid in Südafrika hin zum Genozid von 1994 in Ruanda und dem Massaker von Srebrenica.

Wer kann Facebook das Wasser reichen?

Dass Techgiganten sich übermächtig fühlen, ist natürlich nicht nur in Subsahara-Afrika der Fall. Der Streit der australischen Regierung mit Google und Facebook über die Weiterverbreitung australischer und anderer Medieninhalte und deren Bezahlung war exemplarisch.²¹ Auch wenn die Techgiganten sich dabei eine blutige Nase geholt haben mögen: Dies wird nicht der letzte Versuch gewesen sein, Inhalte, für die andere bezahlen, gratis weiter zu verteilen. Auf dem afrikanischen Kontinent gibt es allerdings keine einzige Regierung, die sich so hinter die Interessen ihrer Bürger und Medienunternehmen stellen würde wie die damalige australische. Das macht es den großen sozialen Netzwerken sehr viel leichter, sie können unbekümmerter oder rücksichtsloser auftreten als etwa in Australien.

Dass auf TikTok bestimmte Begriffe, die Peking missfallen könnten, gelöscht werden, führt in Afrika zu keinerlei Aufschrei.

Für Mark Kaigwa, den Chef der digitalen Beratungsfirma Nendo in Nairobi, ist die Besorgnis um Datensicherheit von Bürgern allerdings eher ein westliches Privileg. „Diese Sorgen um die Sicherheit im Internet sind nur etwas für jene, die sich größere Mengen an Prepaid-Mobilfunkdaten leisten können“, sagt der Kenianer. Und genau dort setzen Firmen wie Facebook und TikTok an: Eine mehrheitlich arme Bevölkerung, die an der Welt teilhaben will, und afrikanische Herrscher, die andere Interessen haben, als ihre Bürger vor Cybermobbing oder Fake News zu schützen, stellen keine Hürden dar. Wenn ein

Mobilfunkteilnehmer keine andere Währung habe als die Teilhabe an seinen Daten, dann werde er diese Währung natürlich einsetzen.²²

Wann Facebook ähnlich wie in Europa auch in Afrika als Netzwerk der alten Generation angesehen werden wird, hängt wesentlich von der weiteren Entwicklung um Youtube und TikTok ab. Für Kaigwa haben sie das größte Potenzial auf dem Kontinent. Will McBain sieht in der Publikation African Business TikTok ganz klar im Vorteil: „Die herzlichen Beziehungen afrikanischer Regierungen mit China könnten TikTok von den immer mal wieder eingeführten Verbots der sozialen Medien ausnehmen.“²³ Die Firma wurde 2016 gegründet, ihre App war schon im April 2020 mehr als zwei Milliarden Mal heruntergeladen. Für das Management ist Afrika der größte Wachstumsmarkt, befördert durch immer günstigere internetfähige Smartphones aus chinesischer Produktion. Peking ist mit einem Prozent bei Byte Dance eingestiegen, dem Mutterkonzern von TikTok, und hat so einen Sitz im Aufsichtsrat, in dem nur drei Mitglieder sitzen. Statista hat 2020 bereits einen Marktanteil von TikTok von knapp 32 Prozent ausgemacht, es gibt Technikzentren in Südafrika, Nigeria und Kenia. Will McBain zitiert zur Erklärung des Erfolgs Scott Thwaites, Chef für Wachstumsmärkte bei TikTok Global Business Solutions: „Videos werden auf Basis dessen, was man mag, empfohlen, nicht auf der Grundlage der Frage, wem man folgt.“

Ob es ein Zufall ist, dass der Senegalese Khaby Lame die zweitgrößte TikTok-Anhängerschaft hat, nämlich 111,8 Millionen? Lame lebt in Italien und macht Videos über die kleinen und großen Pannen des Alltags. Es sind diese Filmchen, die meist niemandem weh tun, oft am Rande der Banalität, die TikTok so erfolgreich machen. Dass bestimmte Begriffe etwa zur Minderheit der Uiguren, die Peking missfallen könnten, gelöscht werden, führt in Afrika zu keinerlei Aufschrei oder Empörung. Die Mehrheit der TikTok-Nutzer ist zwischen 18 und 24 Jahre alt, die Kurzfilme zeigen viel Tanz, Mimik, Selbstdarstellung. Aber es gibt bereits Versuche, Kurznachrichten über

TikTok zu verbreiten. Von TikTok gehe eine persönliche Suchtgefahr aus und eine geopolitische Bedrohung, weil Pekings Glaube an das Internet mit einer anti-liberalen Ideologie einhergehe, warnt der Harvard-Dozent Niall Ferguson.²⁴ Hier steht also das zensierende, von Peking kontrollierte TikTok, das die freie Debatte unterbindet, gegen das US-amerikanische Facebook, das ein Interesse an vielen Klicks hat und dessen Algorithmen darum Gewalt und Brutalität favorisieren. Es scheint, als könne man sich als junger Nutzer nur zwischen der digitalen Pest und der digitalen Cholera entscheiden.

Warum gibt es bis heute keine europäische Suchmaschine? Oder einen Dienst, der ähnlich populär ist wie Facebook?²⁵ Stattdessen dominieren

verschwiegene Firmen aus den USA, dem Mutterland der modernen Demokratie, und der Volksrepublik China, einer Diktatur. Nun mögen die Versuche einzelner Regierungen, wie der in Äthiopien, ein eigenes soziales Netzwerk zu gründen, belächelt werden, weil sie technisch hilflos wirken. Sie scheinen aber auch Ausdruck einer tiefen Verunsicherung über die Fragilität des gesellschaftlichen Zusammenhalts in ohnehin wirtschaftlich und ethnisch polarisierten Gesellschaften zu sein. Nick Clegg, der geschmeidige ehemalige britische Vizepremier, ist mittlerweile einer der Presidents von Facebook, und erklärt: „Ich fände es toll, wenn das nächste Google oder Alibaba aus Europa kommt.“²⁶

Das klingt generös und wettbewerbsorientiert, ändert aber nichts an der Dominanz, wie



Kommt der Platzhirsch bald aus China? Nach Ansicht von Experten verfügt TikTok über großes Entwicklungspotenzial in afrikanischen Staaten. Ob ein Erfolg der Plattform aus dem Einparteiensstaat Fortschritte in Sachen Meinungsfreiheit bringt, ist jedoch fraglich. Quelle: © Florence Lo, Reuters.

Facebook sie ausübt. Frenkel und Kang schreiben dazu: „Facebook war so mächtig wie ein Staat, größer als das bevölkerungsreichste Land der Welt. Aber Staaten wurden durch Gesetze regiert, ihre Führer investierten in Institutionen, wie die Feuerwehr und die Polizei, um ihre Bürger zu schützen. Zuckerberg aber übernahm keinerlei Verantwortung, um die Mitglieder von Facebook zu schützen.“²⁷ Der für Meta so wichtige Lobbyist Clegg sagt dann noch beschwichtigend: „Private Unternehmen sollten derart wichtige und weitreichende Entscheidungen zur Zulässigkeit von Inhalten tatsächlich nicht alleine treffen.“²⁸

Wenn Europa Afrika zu verlieren droht, dann auch, weil es die Hemdsärmeligkeit des Silicon Valleys oder Pekings nicht mitmacht. Dabei könnten aus Europa Lösungen kommen, die allemal überzeugender sind als das Streben nach Dominanz eines Mark Zuckerberg oder Xi Jinping. Der Trost ist, dass einige afrikanische Eliten das sehr ähnlich sehen. Nur werden die leider immer weniger.

Christoph Plate ist Leiter des Medienprogramms Subsahara-Afrika der Konrad-Adenauer-Stiftung mit Sitz in Johannesburg, Südafrika.

- 1 Afrobarometer 2022: The digital divide, The Continent 71, 15.01.2022, S.21, in: <https://bit.ly/3w8mqFw> [13.05.2022].
- 2 Ntui, Arrey Elvis 2021: Cameroon’s Ethno-Political Tensions and Facebook Are a Deadly Mix, International Crisis Group, 12.02.2021, in: <https://bit.ly/3FJ2EDL> [11.05.2022].
- 3 Döpfner, Mathias 2021: Totale Transparenz endet immer totalitär, Die Welt, 26.01.2021, in: <https://welt.de/225103061> [02.05.2022].
- 4 Von der Leyen, Ursula 2021: Wir müssen die Macht der Internetkonzerne demokratisch einhegen, Die Welt, 28.01.2021, in: <https://welt.de/225210905> [02.05.2022].
- 5 Solon, Olivia 2017: ‚It’s digital colonialism‘: how Facebook’s free internet service has failed its users, The Guardian, 27.07.2017, in: <https://bit.ly/3s4ob4a> [02.05.2022].
- 6 Nyabola, Nanjala 2016: Facebook’s Free Basics Is an African Dictator’s Dream, Foreign Policy, 27.10.2016, in: <https://bit.ly/3vVUe7y> [02.05.2022].
- 7 The Economist 2020: How to deal with free speech on social media, 22.10.2020, in: <https://econ.st/34m6Bx6> [05.05.2022].
- 8 Frenkel, Sheera / Kang, Cecilia 2021: An Ugly Truth: Inside Facebook’s Battle for Domination, London.
- 9 Konopo, Joel 2018: Influencers become the new liberated power in Africa, Nieman Lab, in: <https://bit.ly/3LDi9iS> [02.05.2022].
- 10 Cheeseman, Nic et al. 2020: WhatsApp, „Fake News“ and African Elections: Between „political turmoil“ and „liberation technology“, Journal of Democracy 31: 3, S.156, in: <https://bit.ly/3MAhcZ0> [23.05.2022].
- 11 Africa Check / Africa Centre for Evidence 2020: Tackling Misinformation on WhatsApp in Kenya, Nigeria, Senegal & South Africa: Effective strategies in a time of Covid-19, S.19 ff., in: <https://bit.ly/3w9n5Fp> [05.05.2022].
- 12 Interview des Autors mit Justine Limpitlaw, 17.02.2022.
- 13 Sie ist auch Herausgeberin des vom Medienprogramm der Konrad-Adenauer-Stiftung publizierten mehrbändigen Media Law Handbooks. Limpitlaw, Justine 2021: Media Law Handbook for Southern Africa, 01.02.2021, Johannesburg, in: <https://bit.ly/3KDOepl> [02.05.2022]. In jeweils einer Ausgabe zum südlichen und zum östlichen Afrika werden die Mediengesetztexte aus jeweils einem Dutzend Ländern kritisch untersucht.
- 14 Beykpour, Kayvon / Adegbite, Uche 2021: Establishing Twitter’s presence in Africa, Twitter Company Blog, 12.04.2021, in: <https://bit.ly/3w60Xfb> [06.05.2022].
- 15 Frenkel / Kang 2021, N. 8.
- 16 The Economist 2021: Can Facebook be blamed for pogroms against Rohingyas in Myanmar?, 09.12.2021, in: <https://econ.st/3MZmGfP> [06.05.2022].

- 17 Allison, Simon / Gebré, Samuel / Wilmot, Claire
2021: Leaked documents reveal how Facebook
failed to contain hate speech in Ethiopia, *The
Continent* 64, 13.11.2021, S.10 ff., in: [https://bit.ly/
39N10tK](https://bit.ly/39N10tK) [13.05.2022].
- 18 Ajayi, Rosemary 2021: Should we delete Facebook?
It's not really that simple, *The Continent* 66,
27.11.2021, S.18 f., in: <https://bit.ly/3w89AY2>
[13.05.2022].
- 19 *The Economist* 2020: The great clean-up,
24.10.2020.
- 20 Perrigo, Billy 2022: Inside Facebook's African
Sweatshop, *Time*, 14.02.2022, in: [https://time.com/
6147458](https://time.com/6147458) [03.05.2022].
- 21 *Frankfurter Allgemeine Zeitung* 2021: Google droht
mit dem Äußersten, 23.01.2021.
- 22 Interview des Autors mit Marc Kaigwa, 16.02.2022.
- 23 McBain, Will 2021: TikTok wins over Africa's youth,
African Business, 11.10.2021, in: [https://bit.ly/
3F6jUT6](https://bit.ly/3F6jUT6) [02.05.2022].
- 24 Ferguson, Niall 2020: Tiktok ist dumm – Chinas
imperialer Ehrgeiz ist es nicht, *Neue Zürcher
Zeitung*, 17.08.2020, in: <https://nzz.ch/ld.1571166>
[02.05.2022].
- 25 Benrath, Bastian 2021: Warum hat Europa keine
großen Tech-Konzerne?, *Frankfurter Allgemeine
Zeitung*, 01.02.2021, in: <https://faz.net/-17160222>
[02.05.2022].
- 26 Clegg, Nick 2021: Europa darf nicht jede Daten-
nutzung verbieten, *Die Welt*, 01.02.2021.
- 27 Frenkel / Kang 2021, N.8.
- 28 Clegg 2021, N.26.